

Sylvia TORCHALSKI

Naturschutz und Tourismus in der Großregion Gdańsk-Gdynia – ein Grundkonflikt? Anforderungen an das nachhaltige Regionalkonzept

Nature protection and tourism in the research region (Gdańsk–Gdynia): A basic conflict? Requirements for the sustainable regional concept.

Abstract

Since the Rio-Agreement in 1992 the sustainable protection of nature and habitats has increasingly become important. The slogan “Think global and act local” underlines the region as an essential activity and relation level. An integrated sustainable regional development, which combines an ecological, economic and socio-political dimension as a basis, could offer a greater political and economic independence to many regions. In view of the European regionalisation Poland as an associated member of the European Union shows substantial imbalances in the regional development. Some concepts and solution attempts are searched to reduce the polarization tendencies within the urban and natural periphery areas. In the planning region Gdańsk-Gdynia is tourism development offered as an instrument for dilution of economic imbalances. Indeed there is an potential conflict between tourism development and nature protection. The nature protection has an agenda to preservation valuable nature areas and to prevention of intensive utilisations. While the potential destinations are not rarely subject to protection, make defensive measures an repressive impact on the tourism development. The protected areas are often the basis of these development. And inversely tourism is able to destroy its natural platform. The research project concerns with the potential conflict between nature protection and tourism on the background of sustainable regional development. The article presents the first results on this subject.¹

Keywords: Nature protection, tourism, regional development, ecology, economy, social sciences, politics, sustainability, Gdańsk Region

¹ Das Forschungsprojekt wird im Rahmen des DBU-Schwerpunktes „Die südliche Ostsee und ihre Küsten im Wandel“ von Juni 2001 bis April 2004 bearbeitet.

1 Einführung

Seit dem politischen Umbruch 1990 befindet sich Polen in einer Phase des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft wurden neue politische und wirtschaftliche Institutionen implementiert. Inzwischen sind die Prozesse der politischen Demokratisierung und marktwirtschaftlichen Umsetzung weitgehend konsolidiert und stabilisiert. Der neue Staats- und Verfassungsaufbau ist bereits vollzogen: Seit dem 01. Januar 1999 ist die Republik Polen territorial bzw. politisch-administrativ dreistufig in 2489 Gemeinden, 372 Kreise und 16 Woiwodschaften gegliedert (NIEWIADOMSKI & TUROWSKI 2001: 31-32).²

Im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 werden seitens der Mitgliedsstaaten konkrete Bedingungen an das Land hinsichtlich demokratischer Stabilität, rechtsstaatlicher Ordnung und einer funktionsfähigen Marktwirtschaft gestellt. Die gesamte polnische Gesetzgebung wird zu einer vollständigen Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der EU (Acquis Communautaire) verpflichtet (HOMEYER & CARIUS 2000: 337). Diese Verpflichtung bezieht sich u. a. auf die Umwelt- und Tourismuspolitik. Vor diesem Hintergrund werden von der EU Verordnungen und Richtlinien für beide Bereiche vorgegeben. Im Sinne des Brundtland-Berichts von 1987 über eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung wird jegliche Art von politischen und ökonomischen Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und sozialen Verträglichkeit betrachtet. Das Interesse der Europäischen Gemeinschaft an einer kosten- und ressourcenschonenden Umwelt- und Tourismuspolitik basiert auf den grundlegenden Zielen des in diesem Bericht geforderten Nachhaltigkeitskonzeptes. Die von den EU-Staaten gestellten Anforderungen, beide Politikebenen dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung anzupassen, erhöhen für Polen die Komplexität des Beitritts.

1.1 Problemstellung

Naturschutz und Tourismus nehmen im Untersuchungsgebiet eine hohe Stellung ein. Aufgrund eines grundsätzlich bestehenden Konflikts zwischen beiden Untersuchungsbereichen wird ihnen innerhalb der Raumbewirtschaftung eine entscheidende Rolle beigemessen. Das Ausmaß und die Art dieses Konfliktpotentials lässt sich nur unter Berücksichtigung gegenseitiger Wechselwirkungen bestimmen. Der Grund des Konflikts liegt zum einen in dem Schutzstatus von bestimmten, wertvollen Naturräumen. Diese unterliegen einem besonderen Schutz und werden von intensiven Nutzungen ganz oder zum Teil ausgeschlossen. Der Tourismus wiederum braucht die geschützten Naturräume als Grundlage seiner Entwicklung. Zudem bilden oftmals diese geschützten Gebiete Lebens- und Wirtschaftsbereiche

² In Anlehnung an die polnische Territorialgliederung entsprechen "Województwo" dem Land, "Powiat" dem Kreis und „Gmina“ der Gemeinde im deutschen Planungssystem. Zur Vereinheitlichung mit der grafischen Darstellungsweise werden in dem vorliegenden Aufsatz die Ausdrücke Woiwodschaft, Powiat und Gemeinde verwendet.

der lokalen Bevölkerung (vgl. SANFTENBERG 2001: 2f, 60). Weiterhin gewinnen sie, wenn touristisch noch nicht erschlossen, als potentielle Erholungsräume an Bedeutung. Weil sie aber einem Schutzstatus unterliegen, wirkt sich dies auf den Tourismus eher hemmend aus. Und umgekehrt können in den von der touristischen Nutzung überprägten Gebieten irreversibel die natürlichen Grundlagen zerstört werden.

In dem untersuchten Fall handelt es sich um überwiegend ländliche, strukturschwache, aber naturräumlich wertvolle Gebiete mit einer unausgewogenen und wenig integrierten Regionalplanung. Der ökonomische Nutzwert aus dem Tourismus ist insgesamt gering und kommt einem relativ kleinen Bevölkerungsteil zugute. Trotzdem wird dieser Wirtschaftsbereich als eine Alternative zu nicht mehr ökologisch tragbaren und rentablen Wirtschaftszweigen (Industrie, Landwirtschaft, Fischerei) angesehen. Aus der Sicht der Regionalpolitik wird dem Tourismus eine stimulierende Wirkung bei Milderung der regionalen Ungleichgewichte zugeschrieben.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich mit den Entwicklungspotentialen von Naturschutz und Tourismus vor dem Hintergrund einer nachhaltigen regionalen Entwicklung.

2 Darstellung der Konzepte Nachhaltigkeit und Regionalentwicklung

2.1 Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Mit dem Begriff einer nachhaltigen Entwicklung „sustainable development“ entstand ein neues Konzept zur Schaffung des globalen Gleichgewichts zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Ziel dieser zukunftsfähigen Entwicklung sollte die Befriedigung der Bedürfnisse von gegenwärtig lebenden Generationen sein, ohne zu riskieren, dass die nachkommenden Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. Das Konzept wurde durch die Verabschiedung der AGENDA 21 von der globalen auf die regionale und lokale Ebene übertragen. Die nachhaltige Entwicklung schließt auf allen Ebenen eine umweltgerechte, an die Tragfähigkeit der ökologischen Systeme angepasste Koordination der ökonomischen Prozesse innerhalb einzelner Volks-, Regional- und Lokalwirtschaften ein. Die sozialen Ausgleichsprozesse spielen dabei eine wesentliche Rolle. Diese Entwicklungsstrategie basiert auf drei wichtigen Dimensionen: der ökologischen, ökonomischen und sozialen. Die erste, ökologische Dimension versucht, das Gleichgewicht zwischen Abbau und Regenerierungsrate erneuerbarer Ressourcen zu erhalten und den Verbrauch nichterneuerbarer Ressourcen zu reduzieren. Die ökonomische Ebene sichert eine stabile, wirtschaftliche Entwicklung. Aus der sozialen Dimension geht eine gerechte Verteilung der Lebenschancen zwischen den Generationen am Ort und in der Region hervor (BECKER 1997: 20).

2.2 Naturschutz und Tourismus im Sinne eines Nachhaltigkeitskonzepts

In der vorliegenden Untersuchung wird Naturschutz und Tourismus mit der Konzeption der nachhaltigen Entwicklung in Verbindung gebracht. Somit wird der Naturschutz nicht nur als ein natürliches Gut, sondern vielmehr als ökologisch-ökonomisches Glied einer Entwicklung betrachtet. Die Fähigkeit, den ökonomischen Nutzen bei Minimierung ökologischer Belastungen mit dem Naturschutz zu verbinden, gelingt nur unter Berücksichtigung der drei bereits genannten Dimensionen. Die ökologischen Kriterien einer nachhaltigen Nutzung der Natur und Landschaft beziehen sich auf den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen, die dauerhafte Nutzung von erneuerbaren Ressourcen und die Minimierung des Einsatzes nichterneuerbarer Ressourcen. Und die soziale Dimension erlaubt letztlich die Beteiligung lokaler Bevölkerungsgruppen im Entscheidungsprozess zur Umweltschonung.

Der Begriff des Tourismus setzt eine Mobilität im Raum (das Reisen) voraus. In der Fachliteratur werden mit dem Tourismus alle Erscheinungen und Beziehungen in Verbindung gebracht, welche aus der Reise und dem Aufenthalt von Personen resultieren (vgl. SANFTENBERG 2001: 15 nach KASPAR 1991). Diese wurden in den bisherigen politischen Konzepten insbesondere unter den rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Die Wirtschaftlichkeit des Tourismus wurde nach dem Rentabilitätsprinzip bemessen. Das touristische Nachhaltigkeitskonzept dagegen setzt nicht nur die ökonomische Rentabilität in den Vordergrund, sondern vielmehr die ökologischen und sozialen Aspekte.

Vor diesem Hintergrund ist der nachhaltige bzw. umweltschonende (sanfte) Tourismus das Ziel weiterer Überlegungen. Die Hauptziele dieses Konzeptes beziehen sich auf folgende Bereiche: Natur/Landschaft, Ökonomie und Soziokultur. Das wichtigste Kriterium für Natur und Landschaft ist die Umweltverträglichkeit. Darunter wird u. a. eine möglichst geringe Eingriffshäufigkeit in den Naturhaushalt, geringe Veränderung des Landschaftsbildes, geringe Landschaftszersiedlung, Flächenrecycling, Entwicklung umweltschonender Verkehrssysteme, Zonierung schutzbedürftiger Gebiete, Reduzieren des Abfallaufkommens und der Wasserverschmutzung sowie Senkung des Energie- und Wasserverbrauchs verstanden (BECKER 1997: 21). Im Bereich der ökonomischen Dimension wird in erster Linie eine optimale und stabile wirtschaftliche Wertschöpfung angestrebt. Im Vordergrund steht das Vorantreiben des qualitativen, zielgerichteten Tourismus. Der wirtschaftliche Nutzen aus dem Tourismus soll eine breite Streuung innerhalb lokaler Bevölkerungsgruppen erfahren. Das Prinzip des ökologischen Wirtschaftens basiert auf der Strategie des qualitativen Wirtschaftswachstums bei einer breit gefächerten Wirtschaftsstruktur (SANFTENBERG 2001: 24). Der Teilbereich der Soziokultur verfolgt das Ziel der Sozialverträglichkeit. Dabei geht es um die Selbstbestimmung und Erhöhung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung. Die soziokulturelle Identität bleibt erhalten und eine den lokalen Verhältnissen angepasste Weiterentwicklung der Soziokultur wird vorangetrieben.

2.3 Das Konzept der Regionalentwicklung

Mit der AGENDA 21 bildete sich ein Gegenpol zu den bisherigen globalen Wirtschafts- und Machttrends heraus – die Regionalentwicklung. Der Ausdruck „denke global, handle lokal“ verleiht der Region eine stärkere Gewichtung. Die Region ist als eine Aktivitäts- und Bezugsebene in den Vordergrund gerückt. Sie wird durch ihre natürlichen Besonderheiten, deren Nutzung und den sich daraus ergebenden ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen geprägt (KALKKUHL et al. 1998: 10). Viele ökologische und ökonomische Zusammenhänge lassen sich auf der regionalen Ebene überschaubarer gestalten. Sie ermöglichen die Suche nach eigenständigen Lösungen, welche die regionalen Stärken unterstreichen. Die lokalen Akteure zusammen mit den breiten Schichten der Bevölkerung bekommen mehr Mitbestimmungsrechte und partizipieren somit an der regionalen Entwicklung. Diese reziproke Wirkung aller bereits genannten Komponenten schafft wiederum eine gewisse soziopolitische und ökonomische Unabhängigkeit innerhalb von übergeordneten regionalen Strukturen bzw. Systemen.

Die klassische Regionalentwicklung bedeutet die Entwicklung strukturschwacher, insbesondere ländlicher Regionen. Durch Regionalentwicklung und -planung soll das Engagement von Menschen zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen unterstützt werden (KALKKUHL et al. 1998: 9). Infolge regionalpolitischer Maßnahmen soll eine Abschwächung der disparitären Strukturen erreicht werden. Das vordringliche Ziel dabei ist, möglichst weitgehend umweltschonende Wirtschaftsbereiche in den ländlichen Regionen anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Insbesondere der Tourismus wird als wichtiges regionalpolitisches Instrument zur Erschließung ländlicher Gebiete angesehen. Gerade innerhalb dieser strukturschwachen Räume, wo andere Nutzungen wegen der weniger günstigen Verkehrslage, spezifischer Naturbedingungen vor Ort oder fehlender Ressourcen keine oder nur geringe Existenzmöglichkeiten haben, finden die touristischen Einrichtungen günstige Standortgrundlagen (vgl. VORLAUFER 1988: 626).

3 Gesetzliche und planerische Grundlagen für Naturschutz und Tourismus

Die planerische Grundlage für Naturschutz und Tourismus basiert auf dem „Gesetz über die Raumbewirtschaftung“ von 1994. Das Gesetz regelt „den Rahmen und die Methoden des Verfahrens zur Bestimmung von Flächen für definierte Ziele sowie zur Bestimmung der Grundsätze für deren Bewirtschaftung“ (NIEWIADOMSKI & TUROWSKI 2001: 42f). Infolge der im Jahr 1999 durchgeführten Verwaltungsreform wird eine bestimmte Anzahl von Zuständigkeitsbereichen und Aufgaben an zwei neue, überörtliche Selbstverwaltungsebenen (Woiwodschaft, Powiat) und eine lokale Ebene (Gemeinde) übertragen. Die Verwaltungen der ersten überörtlichen Ebene, der Woiwodschaft, sind gesetzlich zur Aufstellung von folgenden Dokumenten verpflichtet: der Entwicklungsstrategie der Woiwodschaft, des Raumbewirtschaftungsplans mit periodischer Aktualisierung und der Woiwodschaftsprogramme. Diese Dokumente beziehen sich auf die Vorlagen der

Woiwodschaftsprogramme der Regierung. Neben diesen grundlegenden Instrumenten wurden Gesetze über den Schutz und die Pflege der Umwelt, das Naturschutzgesetz, das Gesetz über den Schutz von Wald- und Landwirtschaftsflächen u. a. geschaffen. Die Selbstverwaltung auf der Powiatebene hat im Bereich der räumlichen Planung nur eingeschränkte Kompetenzen. Sie kann keine Raumbewirtschaftungspläne aufstellen, auch die von ihr durchgeführten Analysen und Studien weisen keinen bindenden Charakter auf. Die letzte Verwaltungsebene ist die Gemeinde. Das grundlegende Instrument der gemeindlichen Planungspolitik sind die örtlichen Raumbewirtschaftungspläne. Für die einzelnen Gemeinden haben sie obligatorischen Charakter. Die Planungspflicht ergibt sich aus Sondervorschriften, Regierungsprogrammen sowie aus geplanten öffentlichen Maßnahmen.

Das Gesetz über die Raumbewirtschaftung betrachtet die Konzeption der nachhaltigen Entwicklung als Grundlage aller raumordnerischen Maßnahmen (vgl. PARYSEK 1995: 10f). Die in diesem Gesetz formulierten Ziele schreiben eine effektive Nutzung der natürlichen Ressourcen unter Berücksichtigung umweltschonender Planungen bzw. damit verbundener Aktivitäten vor. Die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts gehört zu den übergeordneten Zielen in der Raumbewirtschaftung.

Die Regionalplanung und -entwicklung basiert auf dem „Gesetz über die Förderung der Regionalentwicklung“ aus dem Jahr 2000, welches die Grundsätze und Formen der regionalen Förderung definiert hat. Diese erfolgt auf der Grundlage der Nationalen Strategie der Regionalentwicklung sowie auf Initiative der Selbstverwaltung der einzelnen Woiwodschaften (NIEWIADOMSKI & TUROWSKI 2001: 48). Die Ziele der Unterstützung der Entwicklung sind der Abbau von Entwicklungsunterschieden innerhalb einzelner Gebiete, sozialer Chancenausgleich sowie die Verringerung des Rückstandes in den schwach entwickelten Räumen.

Hinsichtlich der Raum- und Regionalplanungsstrategie ergibt sich folgendes Bild im Untersuchungsraum: Die Komplexität des Anpassungsprozesses insbesondere vor dem geplanten EU-Beitritt im Jahr 2004 ist im Bereich der Raumplanung sichtbar. Die Auslegung der rechtlich vorgeschriebenen Dokumente und das Einhalten der Frist ist in jeder der zu untersuchenden Gemeinden unterschiedlich zu bewerten. Laut den Verordnungen des übergeordneten Woiwodschaftsamt in Gdańsk sind die Gemeinden verpflichtet einen aktuellen örtlichen Raumbewirtschaftungsplan und/oder ein sog. „Studium über die Richtlinien zur Raumbewirtschaftung“ bis 31.12.2002 vorzulegen. In den meisten Erhebungsgemeinden liegt eines dieser Dokumente bereits vor oder läuft ein Genehmigungsverfahren. Im Falle eines bereits genehmigten Studiums wird die Frist zur Erstellung des örtlichen Raumbewirtschaftungsplans um ein Jahr verlängert.

In den grundlegenden Dokumenten der Pommerischen Woiwodschaft zur nachhaltigen regionalen Entwicklung nimmt der Naturschutz eine besondere Stellung ein. Dem Tourismus wird eine eher kompensierende Wirkung zu den anderen Wirtschaftszweigen zugeschrieben. Auf eine sichtbar andere Weise wird die touristische Entwicklung in den Selbstverwaltungen der Gemeinden vorangetrieben. In den von ihnen angefertigten strategischen Entwicklungsplänen wird das touristische Produkt als Verbindung von Natur-, Landschafts- und regionstypischen Kulturerlebnis dargestellt und propagiert (vgl. BENTHIEN 1995: 108).

4 Zielsetzung und Fragestellungen

Das Forschungsprojekt setzt sich mit Fragen zur Integration von Naturschutz und Tourismus im Sinne eines Nachhaltigkeitskonzepts im nordöstlichen Gebiet Polens – der Großregion Gdańsk-Gdynia – auseinander. Das primäre Ziel ist es, eine räumliche Analyse regionaler Entwicklungspotentiale im Bereich des Naturschutzes und Tourismus im Untersuchungsraum durchzuführen. Die gewonnenen Aussagen aus einer „Ist“-Analyse erlauben, das natürliche und touristische Potential zu bestimmen. Dies wiederum ermöglicht eine Profilierung des regionalen touristischen Produkts. Dieses basiert auf den Stärken einer Region hinsichtlich der naturräumlichen, infrastrukturellen und personellen Ausstattung (vgl. BENTHIEU 1995: 110). Im Rahmen der Untersuchung bezieht sich die Potentialanalyse auf die einzelnen Erhebungsgebiete. Im Anschluss an die Bestimmung des natürlichen und touristischen Produkts wird geprüft, inwieweit sich ein übertragbares Modell bzw. Lösungsansätze für eine regional angepasste, nachhaltige Erholungsnutzung und Naturschutz in den untersuchten Gemeinden entwickeln lassen.

Unter Berücksichtigung des Entwicklungs- und gleichzeitig Konfliktpotentials zwischen dem Naturschutz und Tourismus und vor dem Hintergrund eines nachhaltigen Regionalkonzepts sind folgende Fragestellungen für die Untersuchung von besonderer Bedeutung:

Inwieweit sind die polnischen gesetzlichen Regulationsmechanismen im Bereich des Naturschutzes und Tourismus mit denen der Europäischen Union konform?

Über welches Naturpotential verfügt die Großregion Gdańsk-Gdynia?

Welche Stellung nimmt der Tourismus ein? Welche Potentiale und Konflikte resultieren aus seiner Entwicklung?

Welche Auswirkungen ergeben sich aus der reziproken Wirkung von Naturschutz und Tourismus? Wie lassen sich Umweltauswirkungen und die touristische Tragfähigkeitsgrenze bestimmen?

Können Naturschutz und Tourismus zum Konzept der nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen bzw. zu Indikatoren dieser Entwicklung werden?

5 Abgrenzung der Untersuchungsregion

Die für das Forschungsprojekt ausgewählte Untersuchungsregion liegt im nordöstlichen Bereich der Pommerischen Woiwodschaft. Betrachtet man die räumliche Gliederung Polens nimmt sie den am weitesten nach Norden ausgestreckten Teil ein. Ihre Fläche beträgt 18.293 km². Ihre Lage kennzeichnet eine unmittelbare Nähe zum Baltischen Meer. Sie verfügt über eine 316 km lange Küstenlinie mit der Danziger Bucht eingeschlossen. Ihre territoriale Struktur bestimmen 16 Kreise mit 123 Gemeinden und vier kreisfreien Städten³. Auf diesem

³ Seit dem Jahr 2002 kommt in der Pommerischen Woiwodschaft ein neuer Kreis hinzu (Powiat sztumski). Die grafische Darstellungsweise bezieht sich auf die territoriale Gliederung von 1999 ohne Berücksichtigung des neuen Kreises

Gebiet lebten im Jahr 1999 2,1 Mio. Menschen (TARKOWSKI & DUTKOWSKI 2000: 11). Die Pommerische Woiwodschaft ist zur Vereinheitlichung der planerischen Strukturen in vier Großgebiete unterteilt. Der Untersuchungsraum ist administrativ mit dem nordöstlichen Gebiet "Północno-wschodni obszar działań strategicznych" (NE-Gebiet strategischer Maßnahmen) gleichzusetzen (TARKOWSKI & DUTKOWSKI 2000: 12).

Die Rahmenbedingungen für die Bestimmung des Untersuchungsraumes bilden sowohl die administrativen, als auch sozio-ökonomischen Kriterien. Innerhalb der administrativen Gliederung wurde die Gemeinde als grundlegende Einheit gewählt. Die Begründung hierfür ist wie folgt: Zum einen bezieht sich die gesamte Empirie auf die Gemeindeebene. Dadurch lassen sich die räumlichen Strukturen genauer analysieren. Zum anderen können bestimmte Aspekte sozio-ökonomischer Entwicklung auf der kommunalen Ebene näher untersucht werden. Drittens ist der Zugriff auf statistische Daten auf der Gemeindeebene von besonderer Bedeutung, da sie der Datenvervollständigung zu eigenen empirischen Untersuchungen dienen sollen.

Neben der administrativen Gliederung wurden ausgesuchte sozio-ökonomische Kriterien zur Abgrenzung des Untersuchungsraumes einbezogen. Sie betreffen Daten zur touristischen Entwicklung und zum Naturschutz. Im folgenden wird auf beide Gliederungsarten des Untersuchungsgebietes näher eingegangen.

5.1 Administrative Gliederung

Im Hinblick auf die administrative Gliederung bilden fünf Powiaten die Abgrenzung des Untersuchungsraumes: pucki, wejherowski, kartuski, gdański und nowodworski (vgl. Karte 2). Der größte Powiat wejherowski hat eine Fläche von 1.283 km² und der kleinste Powiat pucki eine Fläche von 575 km². Innerhalb der Powiatengrenzen gibt es 44 Gemeinden: 15 Städte und 29 ländliche Gemeinden. Am dichtesten besiedelt sind die Gemeinden des Powiats wejherowski (135 Einwohner/km²) und am schwächsten die Gemeinden im Powiat nowodworski (57 Einwohner/km²). Die 15 Städte des Untersuchungsraumes nehmen eine Gesamtfläche von über 711 km² mit über 950 Tausend Einwohnern ein. Dies entspricht in etwa 80 % der gesamten Einwohnerzahl des Untersuchungsgebietes (1,2 Mio.). Die meisten der zu untersuchenden Gemeinden sind aufgrund wirtschaftlicher Umstrukturierung von einer ansteigenden Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahr 2000 betrug der höchste Arbeitslosenanteil an allen Beschäftigten 33,6 Prozent im Powiat nowodworski, 15,8 im Powiat wejherowski und 13,8 im Powiat kartuski. Die geringste Arbeitslosenrate wurde in den kreisfreien Städten – Gdynia (7 %), Gdańsk (6,7 %) und Sopot (5,8 %) registriert (ROCZNIK STATYSTYCZNY WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO 2001: 54f, 176f).

5.2 Sozio-ökonomische Gliederung

Für die Abgrenzung des Untersuchungsraumes wurden neben den administrativen, die sozio-ökonomischen Aspekte touristischer Entwicklung berücksichtigt. Diese bilden den Ausgangspunkt für die Bestimmung von Zonen unterschiedlicher touristischer Entwicklungsintensität. Im einzelnen handelt es sich um ausgewählte Größen, wie z. B. Anzahl der Übernachtungsplätze je Gemeinde und je 1.000 Einwohner, Konzentrationsdichte der Übernachtungsplätze, Anzahl und Auslastung der

Beherbergungsbetriebe und Länge der Besucheraufenthalte. Anhand dieser Kriterien wurden Gebiete mit einer unterschiedlich stark ausgeprägten touristischen Nutzungsintensität festgelegt. Diese Vorgehensweise erlaubt, nach Einbeziehen naturräumlicher Kriterien die potentiellen Konfliktgebiete aufzuzeigen, was wiederum eines der übergeordneten Untersuchungsziele darstellt.

Die Pommerische Woiwodschaft wurde in insgesamt fünf Zonen touristischer Entwicklungsintensität unterteilt. Im Bereich des Untersuchungsraumes werden drei Zonen unterschieden: Zone der höchsten, hohen und potentiellen touristischen Entwicklung (vgl. Karte 1, Tabelle 1). Betrachtet man das Angebot an Übernachtungen im untersuchten Raum konzentrieren sich die meisten Übernachtungsplätze in Zone 1, dem Küstenstreifen. Hierzu zählen die Gemeinden der Halbinsel Hel im Nordosten, Städte des Gdańsk-Gdynia-Ballungsraumes entlang der Danziger Bucht und Gemeinden der Weichsel Nehrung im Osten. Das höchste Angebot an Übernachtungsplätzen (13.000-17.000) verzeichneten im Jahr 1999 die Städte Władysławowo und Gdańsk. Ihnen folgten mit 7.000-10.000 Übernachtungsplätzen die Gemeinde Stegna und die Stadt Krynica Morska (TARKOWSKI & DUTKOWSKI 2000: 55). Die Gemeinden im Bereich der Zone 2 erreichten das Niveau von 1.000-2.200 Übernachtungsplätzen. Weniger bedeutend dagegen waren Gemeinden der Zone 3. Die räumliche Verteilung der Übernachtungsplätze zeigt, dass ihre Konzentration grundsätzlich nach Südwesten, in Richtung des Danziger Küstenlandes und der Kaschubischen Seenplatte abnimmt. Mit der Entfernung von der Küste ändert sich die Art, die Struktur und die Ausprägung des Tourismus.

Innerhalb der sozio-ökonomischen Abgrenzung wurden neben den Gebieten touristischer Entwicklungsintensität Gebiete mit Disponibilität des natürlichen Potentials und besonderer Naturschutzfunktion dargestellt. Aufgrund der methodischen Vorgehensweise werden die potentiellen Konflikträume innerhalb des Naturschutzes und Tourismus mittels einer Beobachtungsmethode bestimmt. Diese Abgrenzung schafft die Grundlage hierfür und zeigt Überschneidungsbereiche beider Nutzungen auf (vgl. Karte 3). Die dunkel gefärbten Flächen stellen die touristisch attraktivsten Gebiete im Untersuchungsraum dar. Die schraffierten Flächen zeichnen Abgrenzungen der Landschaftsschutzgebiete ab. Diese umfassen großräumige Naturgebiete mit unterschiedlichen Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes. Im Bereich dieser Naturflächen überwiegen Landschafts- und Naturparke.

Tabelle 1 Zonen touristischer Entwicklung (ZTE) in der Pommerischen Woiwodschaft

ZTE 1: Der Küstenstreifen - Zone höchster touristischer Entwicklung	
Gemeindezahl:	3 kreisfreie Städte, 7 städtische, 9 ländliche
Abgrenzung ¹ :	Ustka (powiat słupski), Halbinsel Hel (powiat pucki) und Gdańsk-Sopot-Gdynia-Ballungsraum, Weichsel Nehrung (powiat nowodworski)
Kurzcharakteristik:	bevorzugtes Meeresklima, reich an Naturpotential, hoher Anteil an Naturschutzgebieten (Słowiński Nationalpark), höchster Anteil an Naturreservatflächen (ca. 80 %), gut ausgebaute touristische Infrastruktur, höchste Zahl an Übernachtungsplätzen in der gesamten Woiwodschaft (über 74 %).
ZTE 2: Kaschubisches Küstenland/ Kaschubische Seenlandschaften - Zone hoher touristischer Entwicklung	
Gemeindezahl:	2 städtische, 3 städtisch-ländliche, 15 ländliche
Abgrenzung:	Studzienice (powiat bytowski/chojnicki), Sierakowice (powiat kartuski), Nowa Karczma (powiat kościerski), Chojnice (powiat chojnicki)
Kurzcharakteristik:	Binnenland mit hohem Gewässeranteil, eiszeitlich überprägt (Grund-, Endmoränen, Sander, postglaziale Seen), hoher Anteil an Forstökosystemen, hoher Anteil an Wäldern/Seen, gute Umweltqualität, mittlere Konzentration touristischer Einrichtungen, hoher Anteil an Sehenswürdigkeiten, starke regionale Identität der Kaschuben.
ZTE 3: Pufferzone Küstenstreifen/Kaschubische Seenlandschaften - Zone potentieller touristischer Entwicklung (1)	
Gemeindezahl:	6 städtische, 2 städtisch-ländliche, 25 ländliche
Abgrenzung:	Słupsk (powiat słupski), Gniewino (powiat wejherowski), Nowy Dwór Gdański (powiat nowodworski), Dębica Kaszubska (powiat słupski) und Trąbki Wielkie (powiat gdański)
Kurzcharakteristik:	agrarwirtschaftlich geprägte Gemeinden (hoher Anteil an landwirtschaftlichen Betrieben und Forstökosystemen), überwiegend Landschaftsparke, zahlreiche Seen, junge touristische Tradition, relativ geringer Anteil an Übernachtungsplätzen, unzureichende touristische Ausstattung, dünn besiedelte Gebiete, hohe Arbeitslosenrate.

¹ Es handelt sich um eine administrative Abgrenzung, bei der nur Gebietsabgrenzungsgemeinden genannt wurden. Die Reihenfolge der Abgrenzung wurde vom Westen, über Norden und Osten bis nach Süden festgelegt. [Eigene Bearbeitung nach: Tarkowski, M., Dutkowski, M. (2000); Strategia Rozwoju Województwa Pomorskiego (2000)].

ZTE 4: Wald- und Seenzone/Biospärenreservate - Zone mittlerer touristischer Entwicklung	
Gemeindezahl:	1 städtische, 4 städtisch-ländliche, 11 ländliche
Abgrenzung:	Miastko (powiat bytowski), Kołczygłowy (powiat bytowski), Lipnica (powiat bytowski), Debrzno (pow. chłuchowski)
Kurzcharakteristik:	hoher Anteil an landwirtschaftlichen Flächen und Waldflächen, dünn besiedelt, geringe touristische Tradition, unzureichende Ausstattung an touristischen Einrichtungen, dünne Besiedlung, geringe Umweltbelastung - Fehlen von Industriearealen bzw. großflächig versiegelten Flächen, hohe Umweltqualität, relativ hohe Arbeitslosenrate.
ZTE 5: Hochwertige Agrarlandschaften/Landschaftsschutzgebiete - Zone potentieller touristischer Entwicklung (2)	
Gemeindezahl:	6 städtische, 6 städtisch-ländliche, 23 ländliche
Abgrenzung:	Zblewo (powiat starogardzki), Tczew (powiat tczewski), Dzierzgoń (powiat malborski), Gardeja (powiat kwidzyński)
Kurzcharakteristik:	rückläufige Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, abnehmende Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft, Abwanderung der jungen Bevölkerung, Verlust infrastruktureller Einrichtungen, zahlreiche historische Sehenswürdigkeiten, große landwirtschaftliche Agrarflächen/ Kulturlandschaften, geringe Vielfalt an Naturlandschaften, gute Umweltqualität.

Im einzelnen handelt es sich um die Flächengrundrisse der vier transparent dargestellten Landschaftsparke: Nadmorski (1), Trójmiejski (2), Weichsel Nehrung (3) und Kaschubischer Landschaftspark (4). Mit ihrer Gesamtfläche von 64.994 ha nehmen sie ca. 14 % der gesamten Fläche im Untersuchungsraum ein. Die Kernbereiche dieser großräumigen Flächen sind gleichzeitig Bereiche potentieller Konflikte.

5.3 Bestimmung der Erhebungsgemeinden

Aufgrund der Größe des Untersuchungsraumes wurden für die Durchführung empirischer Fallstudien vier Erhebungsgebiete definiert (vgl. Karte 2, Tab. 2). In jedem der einzelnen Erhebungsgebiete wurden drei bis vier zusammenhängende Gemeinden als Erhebungsstandorte ausgewählt. Diese Entscheidung wird dadurch begründet, dass zum einen die Betrachtung bestimmter sozio-ökonomischer Entwicklungen (Tourismus) und zum anderen das Vorkommen von Naturlandschaften (Naturschutz) über mehrere administrative Gemeindegrenzen hinausgeht. Die Überlegung, einzelne Gemeinden in einem Gemeinde-

zusammenschluss zu betrachten, verschafft vor allem eine interkommunale Sichtweise. Dies wiederum hilft, bestimmte Konfliktfelder auf der lokalen Ebene besser zuzuordnen. Zum anderen setzt das geplante Evaluationsmodell eine kooperative Stellung der beteiligten Akteure voraus und könnte unter dem Gesichtspunkt eines Gemeindeverbundes erfolgreicher umgesetzt werden.

Die Auswahlkriterien für die Bestimmung der Erhebungsgemeinden basieren auf den Erkenntnissen zur Abgrenzung des Untersuchungsraumes. Zwei Indikatoren waren hierbei von besonderer Bedeutung: die Konzentration touristischer Standorte hinsichtlich des Übernachtungsplatzangebotes und der Anteil registrierter Übernachtungen zur Gemeindeeinwohnerzahl. Ergänzend wurden Kriterien, wie z. B. touristische Attraktivität (das natürliche Potential, Landschaftsform, kulturelles Angebot), Auslastung der Beherbergungsbetriebe, d. h. Anzahl der Übernachtungsplätze zur Anzahl der Ankünfte herangezogen (vgl. GOŁEMBSKI 1999: 34-38, 48ff).

Im Hinblick auf die administrative Gliederung bilden die drei Powiaten pucki, kartuski und nowodworski mit insgesamt 14 Gemeinden und 3 kreisfreien Städten die Befragungsstandorte (vgl. Tab. 2). Betrachtet man die Einteilung der Erhebungsgebiete in Zonen touristischer Entwicklungsintensität gehören die beiden Powiaten pucki, nowodworski und die drei Städte des Ballungsraumes der nordöstlichen Abgrenzung der ZTE 1 an (vgl. Karte 1). Powiat kartuski liegt im nördlichen Bereich der ZTE 2. Gdańsk ist mit 262,03 km² die größte und Puck mit 5 km² die kleinste Gemeinde. Im Jahr 2000 lebten auf diesem Gebiet über 880 Tausend Einwohner (ROCZNIK STATYSTYCZNY WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO 2001: 54f).

Tabelle 2 Erhebungsgebiete im Untersuchungsraum Großregion Gdańsk-Gdynia

GEBIET 1
Powiat pucki: Krokowa (l), Puck (l) und (st), Władysławowo (st), Jastarnia (st), Hel (st)
GEBIET 2
Ballungsraum: Gdynia, Sopot, Gdańsk (kfs)
GEBIET 3
Powiat nowodworski: Stegna (l), Sztutowo (l), Krynica Morska (st)
GEBIET 4
Powiat kartuski: Kartuzy (l) und (stl), Chmielno (l), Stężyca (l), Sulęczyno (l)

(l) - ländliche Gemeinde, (st) - Stadt, (kfs) kreisfreie Stadt, (stl) - städtisch-ländliche Gemeinde

6 Methodischer Untersuchungsrahmen

In der vorliegenden Untersuchung werden hauptsächlich drei Methoden empirischer Sozialforschung angewandt: qualitative Stichprobenbefragung, direkte Beobachtung und vertiefte Leitfaden-Interviews. Sie wurden entsprechend der Zielsetzung der Untersuchung und ihrer Fragestellungen gewählt. Aufgrund von

Umfangs- und Aufwandskriterien bei der Datenerhebung wird der Qualität des erhobenen Materials ein hoher Stellenwert beigemessen.

Das methodische Vorgehen beginnt mit einer Potentialanalyse von Naturschutz und Tourismus. Die Naturpotentialanalyse bezieht sich auf die genaue Bestimmung der natürlichen Grundlagen, d. h. naturräumliche Ausstattung, Landschaftsform, Qualität der natürlichen Umwelt. In der Tourismuspotentialanalyse wird als erstes in einer Bestandsaufnahme das primäre touristische Angebot, die naturgegebene Grundlage erfasst. Die abgeleiteten Ergebnisse aus der Naturpotentialanalyse werden an dieser Stelle von besonderer Bedeutung sein. Im Anschluss daran wird das sekundäre touristische Angebot, das Hotel- und Gaststättengewerbe und die ergänzende touristische Infrastruktur, näher untersucht. Danach folgt im Bereich der Tourismusangebotsbestimmung eine räumliche Differenzierung touristischer Nutzungen. Anschließend wird mittels einer qualitativen Besucherbefragung versucht, die Profile der touristischen Nachfrage in den für die Untersuchung festgelegten Erhebungsgemeinden zu bestimmen. Im Falle einer unzureichenden Datenmenge aus eigenen Erhebungen werden Daten sekundärer Statistik einbezogen.

Der explorative Charakter dieser Untersuchung erlaubt, weitere qualitativen Forschungsmethoden anzuwenden. Diese bestehen zum einen aus einer intensiven Beobachtung vor Ort und zum anderen aus vertieften Leitfaden-Interviews mit Vertretern der Gemeindeverwaltungen und Einwohnern der Erhebungsgemeinden.

Alle in diesem Forschungsprojekt angewandten empirischen Methoden dienen dem Ziel, grundlegende Auswirkungen von Naturschutz und Tourismus aufzuzeigen und daraus resultierende Lösungsansätze zu formulieren, welche zu einer gemeindeübergreifenden nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Für das Forschungsprojekt werden drei Auslandsaufenthalte vorgesehen. Der erste Aufenthalt fand Ende des Jahres 2001 statt und diente der Orientierung vor Ort. Während dieser drei Monate wurde mit Hilfe von statistischen Quellen und Daten vor Ort (nach Überprüfung des lokalen und regionalen Veröffentlichungsstandes) der Untersuchungsraum, einschließlich der Erhebungsgemeinden festgelegt. Der zweite Aufenthalt von Juni bis November 2002 dient der empirischen Arbeit vor Ort. Die Ergebnisse aus den zum Teil bereits durchgeführten Erhebungen werden durch abschließende Befragungen im Jahr 2003 vervollständigt und in das Modell zur Evaluation umweltschonender Tourismusmaßnahmen eingefügt. Dies wird in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden geschehen.

Im folgenden wird auf die Methode der Befragung und Beobachtung näher eingegangen.

6.1 Die Methode der Befragung

Das primäre Ziel der empirischen Untersuchung vor Ort liegt zunächst in der Ermittlung der touristischen Nachfrage. Für diesen Zweck werden Befragungen von einheimischen und ausländischen Reisenden durchgeführt, mit dem Ziel einer Profilierung von bestimmten Besuchertypologien. Bei der Touristenbefragung wurde das Face-to-face-Prinzip gewählt. Die Zielgruppen bilden Tages- und

Übernachtungsgäste. Der Fragebogen wurde in drei Sprachen – Polnisch, Deutsch und Englisch – übersetzt. Die Struktur des Fragebogens bestimmen teils geschlossene, teils offene Fragen. Bei den geschlossenen Fragen haben die Probanden die Möglichkeit, eine vorgegebene Antwort zu wählen und bei den offenen Fragestellungen, rein subjektiv zu antworten.

Der Befragungsbogen beinhaltet drei wesentliche Fragenkomplexe. Der erste Fragenkatalog bezieht sich auf das Reiseverhalten der Gäste (u. a. Reisehäufigkeit und -intensität, Reisemotive, Aufenthaltsdauer). Fragen zur Bewertung von verschiedenen touristischen Angebotselementen am Erholungsort und bestimmten Verhaltensmustern der Befragten zum Naturschutz bilden den zweiten Befragungsteil. Im abschließenden Teil werden Fragen zu demographischem (z. B. Geschlecht, Alter, Familienstand) und sozioökonomischem Profil der Befragten (z. B. Ausbildungsabschluss, Beruf, Haushaltsnettoeinkommen) gestellt.

Bevor die tatsächlichen Befragungen begannen, wurde ein Prä-Test-Verfahren (Probefragung) durchgeführt. Dieses sollte auf eventuelle Strukturschwächen des Fragebogens aufmerksam machen. Insgesamt konnte im Zeitraum von Anfang Juni bis Mitte September 2002 eine Stichprobe von 800 Befragungen nach dem Zufallsverfahren erfasst werden. Ergänzend dazu werden leitfadensorientierte Tiefeninterviews mit Gemeindeeinwohnern und Vertretern der Gemeindeverwaltungen eingeleitet. Die Einwohnerbefragungen wurden zum größten Teil in Form von Straßeninterviews durchgeführt. Im Vergleich dazu bietet eine Haushaltsbefragung wegen höherer Repräsentativität die vorteilhaftere Lösung (vgl. QUACK 2001: 59). Die Einwohnerbefragung in Form einer Haushaltsbefragung durchzuführen, wurde in der Einführungsphase der Interviews in Erwägung gezogen, konnte sich aber aufgrund von logistischen, personellen und finanziellen Gründen nicht durchsetzen.

Parallel zu den Befragungen findet vor Ort eine Stärken-/Schwächen-Analyse für den Bereich des Tourismus statt. Sie bezieht sich auf den Ist-Zustand der Entwicklung und besteht in der Bewertung und Erfassung vorhandener touristischer Einrichtungen und Planungen. Diese Analyse ist erforderlich, um das touristische Produkt einer Gemeinde bzw. eines Gemeindeverbundes näher zu bestimmen und zu profilieren, d. h. adäquate umweltschonende Entwicklungsmaßnahmen vorzuschlagen und einzuleiten (BENTHIEN 1995: 109f).

6.2 Die Methode der Beobachtung

Die Anwendung der Beobachtungsmethode vor Ort diene in erster Linie der Bestimmung von Konfliktfeldern. Überall dort, wo touristische Nutzung und Naturschutz vorkommen, wurden Konfliktpotentiale sichtbar. Betrachtet man die zwei hauptsächlichen Erhebungsgebiete mit den Gemeinden der Halbinsel Hel (nordöstlicher Untersuchungsraum) und des im Osten gelegenen Weichsel Werders ergibt sich ein klares Bild. Dort ist die natürliche Umwelt infolge der Übernutzung an vielen touristischen Standorten teilweise degradiert. Besonders in den küstennahen Orten, deren meist wichtigste touristische Anziehungspunkte die Strände und die angrenzenden Dünenwälder sind, werden die negativen Auswirkungen sichtbar. Die

Strände sind durch Plastik- und nicht wiederverwertbaren Müll verschmutzt. Das größte Problem aber ist die Verschmutzung der Dünen und ihrer Wälder, vor allem aufgrund fehlender sanitärer Anlagen. Die Aufstellung von sanitären Anlagen und Müllbehältern am Strand und im Strandbereich ist keine Aufgabe der Kommune, sondern des Küstenschutzamtes. Die Gemeinde ist lediglich verpflichtet, den kommunalen Strandabschnitt mit derartigen Anlagen auszustatten.

Ein großes Problem ist das Betreten der Dünen. Sie sind bereits durch starke Erosion gekennzeichnet. Überall findet man Warn- und Verbotsschilder, die jedoch von Besuchern selten beachtet werden. Die Wälder dienen nicht selten als Abkürzungswege und ihre Wiesen als Feuer- bzw. Biwakplätze.

Anhand eines Fallbeispiels aus der Gemeinde Sztutowo/Kąty Rybackie (Weichsel Werder) wird das Problem der Raumfunktionalität genauer dargestellt. Ein Wald- und Strandabschnitt in der Gemeinde wird von Menschen und Vögeln genutzt. Das Kormoran-Reservat mit ca. 8.000 Vogelpaaren, einzigartig im europäischen Raum und laut Naturschutzbestimmungen besonders geschützt (vgl. GERSTMANNOWA 2001: 114). In der letzten Zeit wurde die Pufferzone des Reservats zugunsten des Lebensraumes der Vögel erweitert. Die Zone des Fischfanges dagegen wurde radikal verkleinert. Aus den Potentialen dieses Naturraumes im Waldbereich wollen Eigentümer der Campingplätze und Erholungsanlagen ebenfalls einen Nutzen ziehen. Der Konflikt zwischen Tourismusbetreibern und Vögeln entsteht vor allem in der Saison. Die Vögel überqueren scharenweise mehrmals am Tage die touristischen Erholungsgebiete in den Wäldern und verschmutzen sie mit Kot. Nicht nur die Verschmutzung, sondern das Absterben der Bäume und anderer Pflanzen ist die Folge. Jährlich dürfen nur wenige der Kormorane abgeschossen werden.

Auch in der weit vom Weichsel Werder im Westen des Untersuchungsraumes gelegenen Kaschubischen Schweiz werden bestimmte Konfliktpotentiale sichtbar. Dort, wo die Gemeinden im Vergleich zu den bereits dargestellten Regionen noch über naturintakte Gebiete bzw. Flächen verfügen, z. B. im Bereich der Kaschubischen Schweiz (Südwesten des Untersuchungsraumes), werden sie durch andere Strukturen gefährdet. Zahlreiche Ferien- und Erholungsanlagen aus der sozialistischen Zeit liegen bevorzugt an Seen, was eine naturnahe Erholung verspricht und gleichzeitig eine Degradierung ihrer Grundlagen verursacht. Dazu tragen ebenfalls die an den Seeufern gelegenen Wochenendanlagen bei. Ob saisonale Besucher oder Wochenendgäste aus dem nahen Umland (Ballungsraum), diese Naturräume leiden unter besonderer Verschmutzung. Das größte Problem dabei ist der produzierte Müll. Das Abstellen von Müllsäcken in den Wäldern oder an den walddahen Parkplätzen bietet leider für viele eine Alternative zur privaten Müllabfuhr.

7 Zusammenfassung

Im vorliegenden Aufsatz wurden die ersten Ergebnisse zweier Studien im Untersuchungsgebiet dargestellt. Da die Phase der empirischen Feldarbeit noch nicht abgeschlossen ist, konnten keine festen Aussagen zu Strukturen der touristischen Nachfrage (Besucherbefragungen) bzw. zu den Auswirkungen von

Naturschutz und Tourismus (vertiefte Beobachtungsmethode, Leitfaden-Interviews) aufgezeigt werden. Mit Hilfe der Beobachtungsmethode konnten lediglich die Grundprobleme des Aufeinanderwirkens beider Untersuchungsgrößen herausgearbeitet werden. Einige dieser Probleme bzw. Konflikte könnten mit Hilfe von bestimmten Instrumenten der Raumplanung, darunter Naturschutzpolitik, gemildert werden. Als Schlussfolgerung aus diesen ausgewählten negativen Wirkungen beider Komponenten kann deutlich gemacht werden, dass es nicht reicht, die Integration von Naturschutz und Tourismus im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung schriftlich zu postulieren. Auf diese Weise verstandene Nachhaltigkeit wird keine dauerhaften und umweltfreundlichen Lösungen schaffen. Wie im Falle des Vogelreservats dürfen nicht nur die Belange des Vogelschutzes im Vordergrund stehen, sondern es müssen gleichberechtigt die Interessen anderer Gruppen, wie der Fischer und Tourismusbetreiber mit berücksichtigt werden. Es muss grundsätzlich vom konservierenden Grundkonzept des Naturschutzes, in dem dynamische Aspekte außer acht gelassen werden, abgesehen werden. Ein Systemerhalt von bestimmten Populationen, Ökosystemen und Landschaften ist ohne Berücksichtigung spezifischer Dynamik nicht möglich (vgl. STOLL 1999: 61). Diese und ähnliche Fragestellungen werden innerhalb des Forschungsprojekts zu prüfen sein.

Mit Hilfe von den drei empirischen Methoden (Befragung, Beobachtung, Experteninterviews) und den daraus resultierenden Ergebnissen wird schließlich ermöglicht, auf die Interdependenzen in der Wechselwirkung zwischen Naturschutz und Tourismus genauer einzugehen. Es wird geprüft, ob beide Komponenten zum nachhaltigen Regionalkonzept beitragen bzw. als Indikatoren nachhaltiger Entwicklung geeignet sind. Auf dieser Grundlage wird versucht, ein gemeindeübergreifendes Evaluationsmodell aufzustellen, das sich an Ansätzen zur umweltschonenden Entwicklung beim Einbeziehen regionaler Potentiale orientiert. Dabei werden die grundlegenden Ziele des Nachhaltigkeitskonzepts berücksichtigt. Ein hoher Stellenwert wird nicht nur dem ökonomischen Nutzen zugeschrieben, sondern es werden vor allem die sozialen und ökologischen Komponenten eingegliedert. Dieses Modell soll hauptsächlich auf dem Erfahrungsaustausch regionaler Akteure mit der einheimischen Bevölkerung aufbauen. Je breiter das erfasste Wirkungsspektrum, desto gezielter kann die wechselseitige Beziehung zwischen Naturschutz und Tourismus bestimmt werden. Neben der ökonomischen Funktion des Tourismus als zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig soll er zum ökologischen und sozialen Hoffnungsträger werden. Dabei dürfen die positiven Effekte des Tourismus die reelle Betrachtung der Probleme und den tatsächlichen Nutzen nicht verdecken. Im Sinne eines nachhaltigen Regionalkonzepts sollen die strukturschwachen Gebiete und nicht, wie oftmals in der kommunalen Raumplanung gefördert, Standorte intensiver bzw. deutlich überhöhter Nutzung positive Entwicklungsimpulse erfahren. In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, inwieweit eine touristische Inwertsetzung mit der Tragfähigkeitsgrenze der Naturräume an den Erhebungsstandorten zu vereinbaren ist.

KARTE 1 ZONEN TOURISTISCHER ENTWICKLUNG (ZTE) IN DER POMMERISCHEN WOJWODSCHAFT

ZTE 1 Küstenstreifen

ZTE 2 Kaschubisches Küstenland/ Seenlandschaften

ZTE 3 Pufferzone Küstenstreifen/ Kaschubische Seenlandschaften

ZTE 4 Wald- und Seenzone/ Biosphärenreservate

ZTE 5 Hochwertige Agrarlandschaften/ Landschaftsschutzgebiete

Übernachtungsplätze (Stand: 1999)

13000-17000

7000-10000

2200-4500

1000-2200

300-1000

100-300

5-100

Grenze des Untersuchungsraumes

Gemeindegrenzen

Powiatengrenzen

Hel

Puck

Sitz der Gemeindeverwaltung

Sitz der Powiatverwaltung

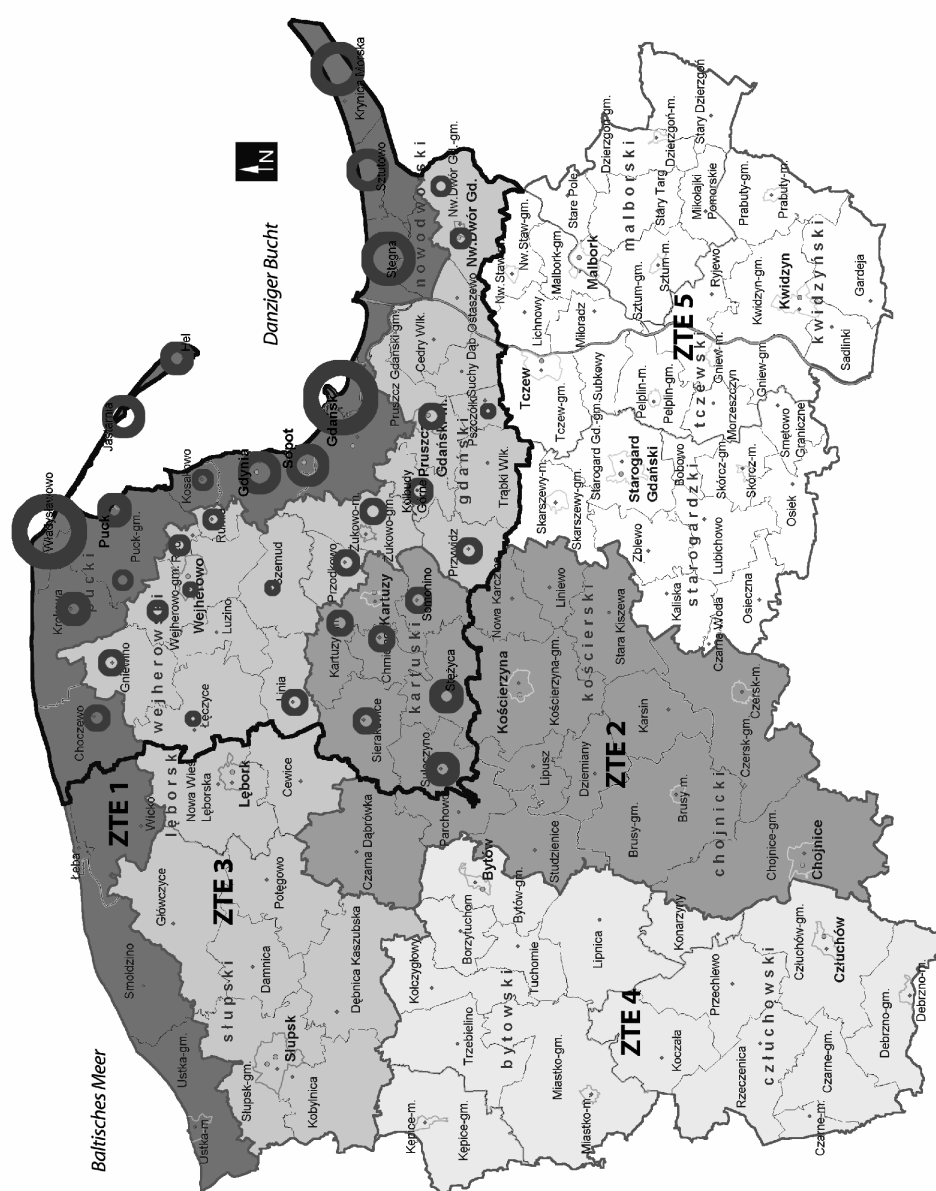
Sitz der Wojwodschafsverwaltung

Ustka-m.

Ustka-gm.

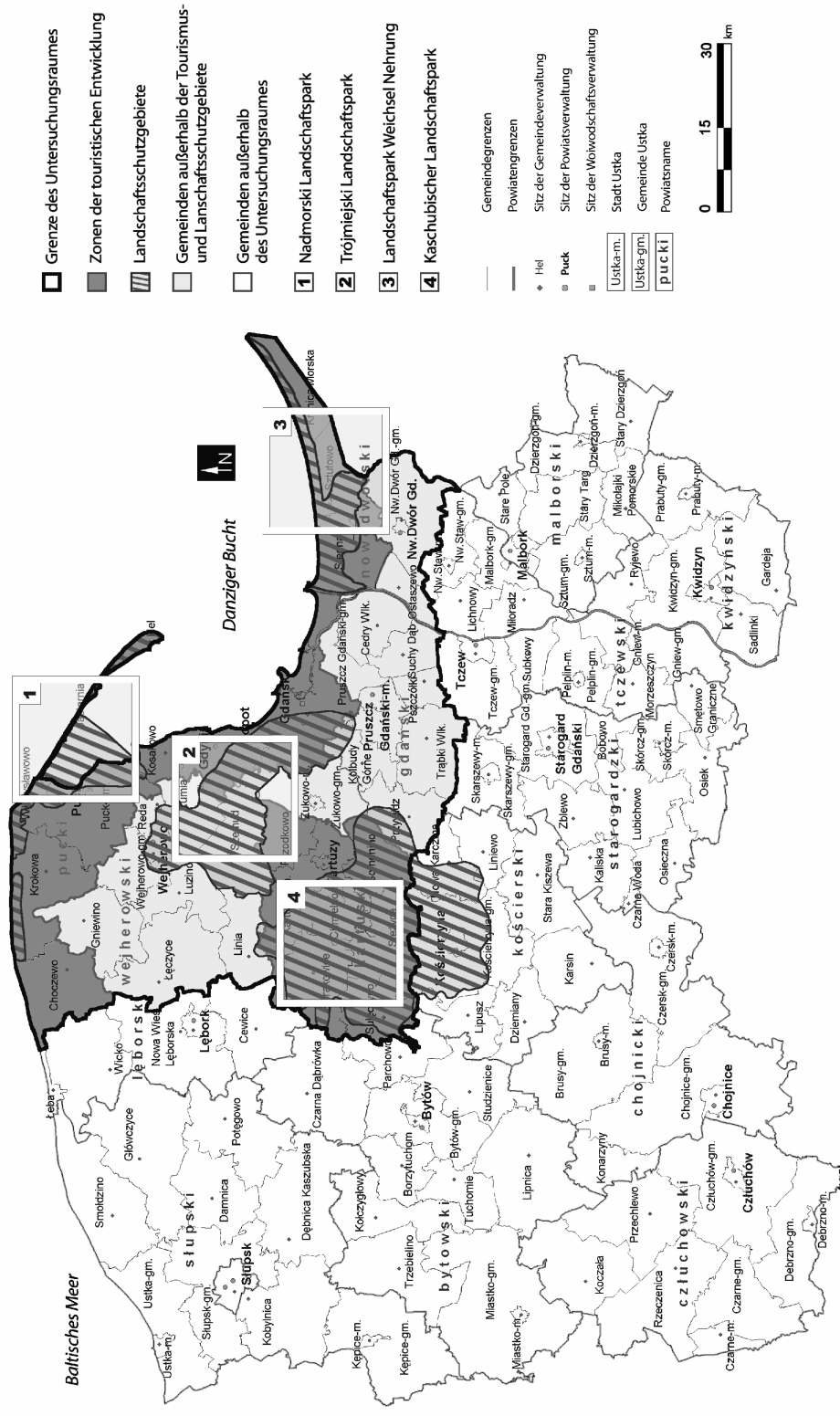
Pucki

0 15 30 km



Quelle: Department für Raum- und Regionalentwicklung (Marschallamt in Danzig) Stand 1999
 Pomorski Przegląd Gospodarczy, D(2000) Kartographie: Sylwia Torchalski (2002)

KARTE 3 ZONEN DES TOURISTISCHEN UND NATÜRLICHEN POTENTIALS IN DER GROSREGION DANZIG



- Grenze des Untersuchungsraumes
 - Zonen der touristischen Entwicklung
 - Landschaftsschutzgebiete
 - Gemeinden außerhalb der Tourismus- und Landschaftsschutzgebiete
 - Gemeinden außerhalb des Untersuchungsraumes
 - 1** Nadmorski Landschafspark
 - 2** Trójmiejski Landschafspark
 - 3** Landschafspark Weichsel Nehrung
 - 4** Kaschubischer Landschafspark
-
- Gemeindegrenzen
 - Powiatengrenzen
 - Sitz der Gemeindeverwaltung
 - Puck
 - Sitz der Powiatverwaltung
 - Sitz der Wojewodschaftsverwaltung
 - Ustka-gm.
 - Stadt Ustka
 - Gemeinde Ustka
 - Powiatname



Quelle: Department für Raum- und Regionalentwicklung (Marschallamt in Danzig) Stand 1999
 Kartographie: Sylwia Torchalisk (2002)

Danksagung

Für die freundliche Unterstützung der Arbeit bedanke ich mich bei Prof. Dr. K. VORLAUFER und Dr. habil. M. DUTKOWSKI, die mir hilfreiche Ansatzpunkte vermittelt haben.

Literatur

- BECKER, C. (1997): Nachhaltige Regionalentwicklung mit Tourismus: Ergebnisse aus dem Forschungsschwerpunkt des deutschsprachigen „Arbeitskreises Freizeit- und Fremdenverkehrsgeographie“ – Zeitschrift für Fremdenverkehr: 19-24; Trier.
- BENTHIEU, B. (1995): Touristische Entwicklungsmöglichkeiten der neuen Bundesländer. – [In:] Material zur Angewandten Geographie; Band 24; Umweltschonender Tourismus – eine Entwicklungsperspektive für den ländlichen Raum; Bonn.
- GERSTMANNOWA, E. (2001): Materiały do monografii przyrodniczej regionu gdańskiego (Materialien zur Monographie der Natur der Region Gdańsk), 7; Gdańsk.
- GOLEMBSKI, G. (ed.; 1999): Regionale aspekty rozwoju turystyki [Die regionalen Aspekte der touristischen Entwicklung]; Warszawa.
- HOMeyer, I. [von] & CARIUS, A. (2000): Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die Umweltpolitik. – Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 3: 337-368; Düsseldorf.
- NIEWIADOMSKI, Z. & TUROWSKI, G. (2001): Polsko-Niemiecki Leksykon Pojęć Planistycznych [Deutsch-Polnisches Handbuch der Planungsbegriffe]; Hannover.
- QUACK, H. D. (2001): Freizeit und Konsum im inszenierten Raum. Eine Untersuchung räumlicher Implikationen neuer Orte des Konsums, dargestellt am Beispiel des CentrO Oberhausen. – [In:] Paderborner Geographische Studien; Paderborn.
- PARYSEK, J. J. (1995): Rozwój lokalny Zagospodarowanie przestrzenne i nisze atrakcyjności gospodarczej [Lokale Entwicklung: Raumplanung und Nischen ökonomischer Attraktivität]. – [In:] Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Landeskomitee der Raumplanung; Warszawa.
- SANFTENBERG, R. (2001): Sanfter Tourismus auf sandigem Boden. Tourismus und Naturschutz im Naturpark Uckermärkische Seen – 281 S.; Berlin.
- STOLL, S. (1999): Akzeptanzprobleme bei der Ausweisung von Großschutzgebieten: Ursachenanalyse und Ansätze zu Handlungsstrategien – [In:] Europäische Hochschulschriften, Reihe 42 (Ökologie, Umwelt und Landschaftspflege), Band 24; Berlin.
- STRATEGIA ROZWOJU WOJEWÓDZTWA POMORSKIEGO (2000) [Strategie der Pommerischen Woiwodschaft]. - [In:] Parteka, T. (ed.): Pomorskie Studia Regionalne; (Marschallsamt der Pommerischen Woiwodschaft) Gdańsk.
- TARKOWSKI, M. & DUTKOWSKI, M. (2000): Województwo pomorskie w mapach [Pommerische Woiwodschaft in Karten]. – [In:] Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową (ed.): Pomorski Przegląd Gospodarczy, D (Spezialausgabe): 56 S.; Gdańsk.
- VORLAUFER, K. (1988): Tourismus und Entwicklung in der Dritten Welt: – [In:] Moderner Tourismus – Tendenzen und Aussichten. – Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie, 17: 603-631; Trier.

Autorin:

Sylvia Torchalski
Geographisches Institut der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf
Lehrstuhl für Kulturgeographie und Entwicklungsforschung
Universitätsstrasse 1
D-40225 Düsseldorf.

E-mail: sylvia.torchalski@uni-duesseldorf.de



